

99.3143

Postulat Freund
Bereitschaftskorps
zur Grenzsicherung
Postulat Freund
Corps d'armée chargé d'assurer
la sécurité aux frontières

Wortlaut des Postulates vom 19. März 1999

Der Bundesrat wird aufgefordert, im Rahmen der «Armee XXI» die Schaffung eines Bereitschaftskorps zur Grenzsicherung und zum Schutz von Gebäuden vor terroristischen Akten zu prüfen.

Texte du postulat du 19 mars 1999

Le Conseil fédéral est chargé, dans le cadre du projet «Armée XXI», d'examiner la possibilité de créer un corps d'intervention chargé d'assurer la sécurité aux frontières et de protéger des bâtiments contre les actes terroristes.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Baader, Binder, Brunner Toni, Hasler Ernst, Kunz, Oehrli, Rychen, Schlüer, Vetterli(9)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Situationen, wie sie in Zusammenhang mit den Flüchtlingswellen oder der Kurdenproblematik in der Schweiz auftreten, werden mit grosser Wahrscheinlichkeit in Zukunft noch häufiger werden. Vielfach tritt diese neue Form der Bedrohung mit äusserst kurzer Vorwarnzeit auf. Die heutigen Sicherheitsorgane verfügen nicht über genügend adäquat ausgebildetes Personal für kurzfristige Einsätze in grösserer Anzahl. Der subsidiäre Einsatz der Armee hat sich vorübergehend bewährt, bietet aber in der jetzigen Form keine optimale Lösung für die Zukunft, da die heute jeweils noch notwendige vorgängige Ausbildung zwar kurz ist, aber doch wertvolle Zeit in Anspruch nimmt. Es gilt deshalb, ein Bereitschaftskorps zu schaffen, das ohne Verzögerung eingesetzt werden kann. Im Rahmen der Umstrukturierungen für die «Armee XXI» bietet es sich an, ein solches Bereitschaftskorps zu schaffen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates
vom 12. Mai 1999

Déclaration écrite du Conseil fédéral
du 12 mai 1999

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Präsidentin: Der Vorstoss wird von Herrn Banga bekämpft. Die Diskussion wird verschoben.

Verschoben – Renvoyé

98.3576

Postulat Vallender
Gesamtbelastung
mit Steuern und Kausalabgaben
Postulat Vallender
Charge totale
due aux impôts et autres taxes

Wortlaut des Postulates vom 14. Dezember 1998

Der Bundesrat wird gebeten, einen Bericht darüber zu erstellen, wie die Bürger sowie die Unternehmungen total mit Steuern und Kausalabgaben belastet werden. Dabei sind nicht

nur die Bundessteuern, sondern auch die kantonalen und Gemeindesteuern einzubeziehen.

Texte du postulat du 14 décembre 1998

Je demande au Conseil fédéral de présenter un rapport sur la charge totale due aux impôts et aux taxes, qui frappe les citoyens et les entreprises. Il devra être tenu compte non seulement des impôts fédéraux mais aussi des impôts cantonaux et communaux.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

In einem föderalistischen Staat erhebt nicht nur der Bund Abgaben, d. h. Steuern und Kausalabgaben, sondern auch die Kantone und Gemeinden. Die Gesamtbelastung darf nicht dazu führen, dass Verfassungsgrundsätze wie z. B. die Eigentumsgarantie im Übermass eingeschränkt werden. Um Überbelastungen zu verhindern, muss die Belastung bekannt sein. Es fehlen aber heute zuverlässige Angaben über die Gesamtbelastung der Bürger sowie der Unternehmungen. Dafür, dass die Gesamtbelastung eher gestiegen sein dürfte, spricht u. a. die Tatsache, dass die Belastung mit Kausalabgaben in den letzten Jahren in den Kantonen stetig angewachsen ist. Erinnert sei z. B. an die von der Lenkungswirkung her erwünschte Einführung des Verursacherprinzips bei der Kehrichtentsorgung oder bei der Wasserversorgung. Dabei ist die Verwirklichung des Verursacherprinzips regelmässig nicht von einer Entlastung bei den Steuern durch entsprechende Anpassung des Steuermasses begleitet gewesen. Dies lässt vermuten, dass die Staatsquote mit der Anwendung des Verursacherprinzips kontinuierlich gestiegen ist. Das ist in einem entsprechenden Bericht unter Bildung von typischen Fallgruppen darzulegen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates
vom 24. März 1999

Déclaration écrite du Conseil fédéral
du 24 mars 1999

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis

99.3038

Postulat
freisinnig-demokratische Fraktion
Bericht über Steuer-
und Abgabenprojekte

Postulat
groupe radical-démocratique
Rapport sur les projets
d'impôts et de taxes

Wortlaut des Postulates vom 3. März 1999

Der Bundesrat wird beauftragt, spätestens bis Ende 1999, in Form eines Berichtes, eine umfassende Gesamtschau vorzunehmen über alle bestehenden und neuen Projekte (inklusive eingereichter Volksinitiativen sowie überwiesener parlamentarischer Vorstösse), welche die Erhebung neuer oder erhöhter Steuern oder Abgaben verlangen. In dieser fiskalischen Gesamtübersicht soll der Bundesrat aufzeigen, wie und nach welchem Zeitplan sich die gesamte fiskalische Belastung entwickeln soll und welche Steuer- und Abgabeprojekte er wie behandeln will. Dabei soll der Bundesrat darlegen, welche Konsequenzen er insbesondere bezüglich steuerlicher Konkurrenzfähigkeit sowie des Wirtschaftswachstums, der Arbeitsplätze und der Vereinfachung des Steuersystems aus diesem Bericht zieht und wo er die Prioritäten setzen will.



Postulat Vallender Gesamtbelaetzung mit Steuern und Kausalabgaben

Postulat Vallender Charge totale due aux impôts et autres taxes

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1999
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	98.3576
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.06.1999 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1325-1325
Page	
Pagina	
Ref. No	20 046 109